

**Antragstellerin:**  
Landesvorstand

**Antrag:**

Demokratie leben | Demokratie  
gestalten I

**D1neu**

1 Antrag:

2

3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen gemeinsam mit allen Demokrat\_innen für eine offene,  
4 pluralistische und tolerante Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

5 Im Landtag und in den kommunalen Vertretungen, die sich dem sogenannten "Schweriner Weg"  
6 angeschlossen haben, wird erfolgreich verhindert, dass Parlamente zur Bühne verkommen, auf  
7 der NPD-Vertreter ihre menschenfeindliche und autoritäre Ideologie vor der Öffentlichkeit  
8 ausbreiten können.

9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen aber auch fest, dass die Anwesenheit von Neonazis in den  
10 Parlamenten und Vertretungen zunehmend zur Normalität wird und in der Öffentlichkeit die  
11 undemokratische und inhärent gewalttätige Ideologie der Neonazis nicht ausreichend als solche  
12 entlarvt wird. Notwendig ist eine klare und sichtbare Ausgrenzung von den Neonazis auf allen  
13 Ebenen. Denn mit jeder Zustimmung, auch zu vordergründig harmlosen Initiativen, erfahren die  
14 Neonazis eine Akzeptanz, die angesichts ihrer Ideologie nicht vertretbar ist. Die Abgrenzung darf  
15 aber nicht dazu führen, den Neonazis Räume oder Themen zu überlassen, in denen sie sich  
16 ungestört profilieren können.

17 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass es Aufgabe der Parteien und  
18 Wähler\_innengruppen ist, laut und mutig Widerspruch zu üben und so ermutigende Impulse an  
19 die Zivilgesellschaft mit ihren Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden im Land zu senden. Wir  
20 sehen daher die dringende Notwendigkeit, die Schweriner Erklärung um außerparlamentarische  
21 Aspekte zu erweitern.

22 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufen die demokratischen Parteien und Wähler\_innengruppen im  
23 Land auf, ihre Gegenwehr gegen antidemokratische, rassistische, chauvinistische und  
24 antisemitische Einstellungen und Aktivitäten außerhalb des Landtags und der kommunalen  
25 Vertretungen zu verstärken. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Landesvorstände der  
26 demokratischen Parteien zu Gesprächen einzuladen mit dem Ziel, der „Schweriner Erklärung“ der  
27 demokratischen Landtagsfraktionen eine gemeinsame Erklärung der demokratischen Parteien an  
28 die Seite zu stellen, in der der außerparlamentarische Umgang der demokratischen Parteien mit  
29 rechtsextremen Argumenten, Strategien und Taten vereinbart wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
30 streben an, dass die Erklärung folgende Punkte enthält:

31

- 32 1. Die demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern verpflichten sich, sich außerhalb  
33 der Parlamente aktiv, konsequent und öffentlich mit rechtsextremen Argumenten,  
34 Strategien und Taten auseinanderzusetzen.
- 35 2. Glaubhafte Demokratie muss vorgelebt und durch die Bürger\_innen gestaltet werden. Die  
36 demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern wirken aktiv auf eine verstärkte  
37 Präsenz in der Fläche, insbesondere in den ländlichen Räumen des Landes hin. Sie  
38 motivieren und ermutigen die Bürger\_innen noch stärker zur politischen Teilhabe und zur  
39 Mitsprache bei politischen Entscheidungsprozessen. Dazu gehört auch ein fairer Umgang  
40 untereinander und eine offene Arbeitsweise in den politischen Gremien, die Anregungen  
41 aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen bereit ist.

- 42 3. Die demokratischen Parteien streben Satzungsänderungen an, wonach Neumitglieder bei  
43 Eintritt eine frühere oder aktuelle Mitgliedschaft in der NPD oder einer rechtsextremen  
44 Gruppierung offenzulegen haben.
- 45 4. Die demokratischen Parteien verpflichten sich zu einer kontinuierlichen Weiterbildung ihrer  
46 Parteimitglieder. Sie hat das Ziel, Parteimitglieder stärker zum Umgang mit rechtsextremen  
47 Argumenten, Strategien und Taten zu befähigen.
- 48 5. Die Parteien werben gemeinsam bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen wie  
49 Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden in  
50 Mecklenburg-Vorpommern darum, dass diese sich der gemeinsamen Strategie  
51 anschließen, um so ein breites Bündnis zwischen demokratischen Parteien und  
52 demokratisch gesinnten gesellschaftlichen Kräften zu formen.

53 Wir Bündnisgrüne verpflichten uns, die aufgeführten Punkte 1 bis 5 unabhängig vom  
54 Zustandekommen einer gemeinsamen Erklärung umzusetzen.

55